

2. September 2006, S. 2

Außenansicht

Kumpanei der Unterdrücker

Die USA haben recht behalten: Der neue UN-Menschenrechtsrat ist genauso schlimm wie das Vorgänger-Gremium

Von Thorsten Benner

Als vor zwei Monaten der UN-Menschenrechtsrat in Genf seine Arbeit aufnahm, proklamierte Generalsekretär Kofi Annan eine "neue Ära der Menschenrechtsarbeit der Vereinten Nationen". Er forderte die Mitglieder zu einem "klaren Bruch mit der Vergangenheit" auf und mahnte eine "Kultur der Kooperation und der Einstandspflicht, inspiriert durch reife Führungskraft" an. Genau diese reife Führungskraft sprachen damals die meisten Kommentatoren den USA ab, welche gegen die Einsetzung des neuen Rats votiert hatten. Der amerikanische UN-Botschafter Bolton, das vielerorts verhasste Gesicht des amerikanischen Unilateralismus, argumentierte, dass er "kein ausreichendes Vertrauen" habe, dass der neue Rat besser sein werde als seine Vorgängerin, die viel gescholtene UN-Menschenrechtskommission.

In den vergangenen beiden Monaten hat die Mehrheit der Mitglieder des neuen Gremiums alles getan, Annans Mahnungen in den Wind zu schlagen und Boltons Befürchtungen zu bestätigen. Die bisherige Bilanz des Menschenrechtsrats ist beschämend. Sinnfälligstes Beispiel hierfür sind die drei einseitigen Resolutionen gegen Israel. Schon in seiner ersten Sitzung beschloss die Mehrheit des Rates, dass Israel künftig Thema jeder regelmäßigen Sitzung sein soll, als einziger von allen Staaten der Welt. Zwei weitere in Sondersitzungen verabschiedete Resolutionen verurteilen Israels Menschenrechtsverletzungen im Gaza-Streifen und im Libanon - ohne auch nur mit einem Wort die Hamas oder die Hisbollah, deren Aktivitäten oder Israels Recht auf Selbstverteidigung zu erwähnen. Beschämend ist auch, dass dies die bislang einzigen Resolutionen des Rates zu Situationen in einzelnen Ländern sind. Sondersitzungen oder Resolutionen zu Darfur, zum Kongo, Tschetschenien, Birma oder Somalia? Fehlanzeige.

Nach der jüngsten Resolution verurteilten nun auch Menschenrechtsorganisationen den neuen Rat, die über den Verdacht der Israelfreundlichkeit erhaben sind. Human Rights Watch bezeichnete die "einseitige und politisierte Resolution" als "Schlag gegen seine Glaubwürdigkeit und eine Abdankung seiner Verantwortung, die Menschenrechte aller zu schützen". Amnesty International bedauerte, die Resolution habe es versäumt, "die vom Menschenrechtsrat erwarteten Prinzipien der Unparteilichkeit und Objektivität zu beachten".

Von der Beachtung dieser Prinzipien ist der Rat gegenwärtig weit entfernt. Bislang hat es die Gruppe der arabischen und islamischen Staaten - mit Unterstützung von Kuba, Südafrika, China und Russland sowie einigen Staaten Südamerikas - geschafft, mit ihren 27 Stimmen den Rat zu dominieren. Auf der anderen Seite stehen sieben EU-Länder (darunter derzeit auch Deutschland) sowie Rumänien, die Ukraine, Japan und Kanada, die mit elf Stimmen in einer klaren Minderheit sind. Der neue Menschenrechtsrat befindet sich fest im Griff der Mehrheit und setzt damit ein Muster fort, das seine Vorgängerin, die UN-Menschenrechtskommission, zu Fall brachte. 30 Prozent aller Resolutionen dieses Organs nahmen allein Israel ins Visier. Beim Rest der Arbeit schützten sich Menschenrechtsverletzer wie Iran und Simbabwe, welche die Mehrheit des Gremiums stellten, gegenseitig vor kritischen Nachfragen zu ihren Menschenrechtsbilanzen.

Das bisherige Scheitern des neuen Menschenrechtsrats ist eine Folge der neuen Blockkonfrontation in den Vereinten Nationen, welche jegliche Reformbemühungen der Vereinten Nationen zu untergraben droht. Statt Ost und West (wie in Zeiten des Kalten Krieges) stehen sich nun Industriestaaten sowie Schwellen- und Entwicklungsländer gegenüber, die sich in der 132 Staaten umfassenden "Gruppe der 77" oder anderen Foren wie der im Menschenrechtsrat aktiven Organization of the Islamic Conference (OIC) und der Gruppe der arabischen Staaten organisieren. Aus machtpolitischem Kalkül schlagen sich die aufstrebenden Großmächte wie China und Indien meist auf die Seite der G 77. Die reform- und menschenrechtsfreundlichen Staaten finden sich im Menschenrechtsrat ebenso wie in der Generalversammlung in einer klaren Minderheit.

Wie sollte Deutschland zusammen mit seinen Partnern angesichts der beschämenden Bilanz des neuen Rats reagieren? Erstens sollte Deutschland versuchen, durch eine Politik der Anreize einzelne Staaten aus den für die fehlgeleitete Politik des Menschenrechtsrats verantwortlichen Blöcken herauszulösen. Dies könnte beispielsweise geschehen, indem Entwicklungszusammenarbeit oder die Gewährung von Handelsvorteilen auch an das Abstimmungsverhalten im Menschenrechtsrat gekoppelt werden. Ein solches Vorgehen nähme es nicht als naturgegeben hin, dass sich (wie jüngst) Staaten wie Südafrika oder Argentinien in Abstimmungen auf die Seite von notorischen Menschenrechtsverletzern schlagen.

Zweitens sollte Deutschland angesichts der Ineffektivität des Menschenrechtsrats versuchen, die Menschenrechte zu fördern, indem es sich der Hilfe anderer Organisationen bedient, wie zum Beispiel der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), oder der Stiftungen der deutschen politischen Parteien oder Nichtregierungsorganisationen.

Drittens sollte Deutschland mit seinen Verbündeten klarmachen, dass sich nur durch ein dramatisches Umsteuern das endgültige Scheitern des neuen Menschenrechtsrats verhindern lässt. Zum Beispiel, indem endlich das so genannte peer-review-Verfahren umgesetzt wird, in dem die Mitglieder wechselseitig die Menschenrechtsbilanz beurteilen. Oder, indem der Rat endlich seine einseitige

Israel-Obsession aufgibt und sich ausgewogen mit den menschenrechtlichen Notsituationen in der Welt befasst.

Wenn dies bis zum Ende des Jahres nicht geschieht, sollten sich alle Staaten, denen es ernst ist mit der Förderung der Menschenrechte, aus dem Gremium zurückziehen. So würde ihm wenigstens der Anschein genommen, die Werte der Vereinten Nationen zu verkörpern. Anders als bei der UN-Menschenrechtskommission sollte es nicht Jahrzehnte des Verfalls bedürfen, bis das Gremium auch offiziell diskreditiert und delegitimiert wird. Ohne einen radikalen Kurswechsel in Genf wird die Welt weiter auf die Gründung eines UN-Menschenrechtsgremiums warten müssen, das sich seines Namens sowie der Grundwerte der Vereinten Namen als würdig erweist.

Thorsten Benner ist stellvertretender Direktor des Global Public Policy Institute (GPPI), einem gemeinnützigen Politikforschungs- und Beratungsinstitut, mit Sitz in Berlin und Genf.

Quelle: Süddeutsche Zeitung Nr.202, Samstag, den 02. September 2006 , Seite 2